



Imagefoto ©Deutscher Bundestag/ Inga Haar

Liebe Unionsfreundinnen,
Liebe Unionsfreunde,

in den vergangenen vier Jahren der 19. Legislaturperiode wurden im Deutschen Bundestag ca. 860 Gesetzesvorhaben beraten. Von diesen wurden 478 verabschiedet.

In der letzten Sitzungswoche, am 24. Juni, fand u.a. die namentliche Abstimmung zur Änderung des Klimaschutzgesetzes statt. Anlass der Gesetzgebung war die Rüge des Bundesverfassungsgerichts, dass der Reduktionspfad ab 2031 zu konkretisieren ist. Der Zeitrahmen dafür wurde bis Ende 2022 vorgegeben. Eine derart weitreichende Gesetzgebung, die in nahezu alle gesellschaftlichen Bereichen eingreift, erfordert eine sorgfältige ökonomische und soziale Folgenabschätzung. Diese fehlt meiner Meinung nach in der erforderlichen Tiefe. Aus diesen Gründen konnte ich dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Über ein Jahr erschütterte Corona viele Gewissheiten. Angesichts mehr als 3,7 Millionen Erkrankter, des hohen Verlustes von Menschenleben, von Kontaktbeschränkungen, von wirtschaftlichen Schäden

und erzwungenem Stillstand mussten wesentliche Fragen im Bundestag geklärt werden. Mit dem Bundeshaushalt 2020 und 2021 brachten wir neben vielen Corona-bedingten Ausgaben auch insbesondere wichtige Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft und in die Digitalisierung auf den Weg, damit unser Land gestärkt aus der Pandemie hervorgeht.

Heute gibt es nochmals interessanten Lesestoff: Da dies der letzte Berliner Brief dieser Wahlperiode ist, habe ich für Sie die **Bilanz der Unionsfraktion** auf den folgenden vier Seiten zusammen gefasst.

Mit der Sommerpause des Deutschen Bundestages beginnt nun der Countdown bis zur Bundestagswahl am 26. September.

Ich freue mich auf die bevorstehende Sommertour durch den Wahlkreis und auf persönliche Begegnungen vor Ort.

Wie gewohnt, halte ich Sie über die sozialen Medien und meine Wahlkreisbüros weiterhin auf dem Laufenden.

Herzliche Grüße,
Ihr Torsten Schweiger



>>> UNIONSFRAKTION - 4 JAHRE - EINE BILANZ <<<

In den vergangenen vier Jahren wurden im Bundestag viele bedeutende Vorhaben abgeschlossen, die den Alltag der Menschen verbessern und Deutschland stärken. Hier sind kurz und knapp die wichtigsten Erfolge.

Bessere Perspektiven für Familien, Kinder und junge Menschen

Familienentlastungsgesetz/ Familienstärkungsgesetz: Insgesamt wurde das Kindergeld in dieser Legislaturperiode um 25 Euro erhöht. Sowohl der Kinderzuschlag als auch die Leistungen des sogenannten Bildungs- und Teilhabepakets wurden deutlich verbessert.

Kita-Ausbau: Mit zusätzlich einer Milliarde Euro durch das 5. Investitionsprogramm 2020/2021 soll der weitere Ausbau in der Kindertagesbetreuung vorangetrieben werden. Zudem investiert der Bund bis 2022 insgesamt 5,5 Milliarden Euro in die Qualität der Kindertagesbetreuung (Gute-Kita-Gesetz).

Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“: Kinder und Jugendliche sollen nach der Corona-Pandemie die bestmöglichen Chancen auf gute Bildung und persönliche Entwicklung erhalten. Hierfür stellen wir bis Ende 2022 zwei Milliarden Euro zur Verfügung.

Mehrstufige BAföG-Reform: Die Einkommensfreibeträge, Bedarfssätze und den Wohnkostenzuschlag für auswärts wohnende Studierende wurden angehoben und insgesamt zusätzlich 1,3 Milliarden Euro investiert.

Mehr Schutz für Klima und Umwelt

Ausstieg aus Kohle: Bis spätestens 2038 wird die Kohleverstromung beendet. Die betroffenen Regionen werden beim Strukturwandel unterstützt.

Ausbau der Elektromobilität: Seit 2019 gibt es bis zu 6.000 Euro als „Umweltbonus“ für neu zugelassene Elektro- oder Brennstoffzellen-Autos.

Dem Wasserstoff gehört die Zukunft: Mit der neuen Wasserstoffstrategie für Deutschland wird der sogenannte grüne Wasserstoff marktfähig gemacht – als alternative und nachhaltige Energie etwa für die Stahlindustrie oder im Flugverkehr.

Nachhaltigkeitsprämie für Waldbesitzer: Viele Wälder leiden zurzeit unter Dürre und Schädlingsbefall. Deshalb unterstützen wir private und kommunale Waldbesitzer mit einer Prämie: Für jeden nachhaltig bewirtschafteten und zertifizierten Hektar erhalten private und kommunale Waldbesitzer 100 beziehungsweise 120 Euro.

Umweltfreundliche Mobilität: Die Umsatzsteuer für Fernreisen mit der Bahn wurde von 19 Prozent auf sieben Prozent abgesenkt. Wir haben Bahnhofsprogramme für die Sanierung und Reparaturen an Bahnhöfen aufgelegt. Bis 2023 werden rund 1,46 Milliarden Euro für die Förderung des Radverkehrs und den Ausbau der Radinfrastruktur einschließlich der Radschnellwege eingesetzt.

Mehr Förderung von Wohnen und Bauen

Wohnraumförderung/ Sozialer Wohnungsbau: Fünf Milliarden Euro wurden zwischen 2018 bis 2021 für die soziale Wohnraumförderung bereitgestellt.

Baulandmobilisierung: In angespannten Wohnungsmärkten können die Kommunen Vorkaufsrechte besser ausüben und Baugebote gezielter anwenden, Dachaufstockungen und Dachgeschossausbau werden erleichtert.

Beschleunigtes Baurecht auf dem Land: Gemeinden in ländlichen Räumen profitieren von der Wiederaufnahme des §13b Baugesetzbuch für die schnellere Schaffung von Baurecht am Ortsrand. In der Baunutzungsverordnung wurde die neue Baugebietskategorie „Dörfliches Wohngebiet“ geschaffen.

Wohngelderhöhung: Wir haben das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes deutlich erhöht und eine zweijährige Anpassung ab 2022 beschlossen.

Sanierung kommunaler Einrichtungen: Das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ hat die Modernisierung vieler Schwimmbäder, Sport- und Freizeitanlagen sowie Kultur- und Begegnungszentren ermöglicht.

Mietrecht: Wir haben das Mietrecht geändert, um den rasanten Anstieg der Mieten zu bremsen.

>>> UNIONSFRAKTION - 4 JAHRE - EINE BILANZ <<<

Für einen starken Staat und mehr innere und äußere Sicherheit

Cybersicherheit: Mit dem IT-Sicherheitsgesetz 2.0 haben wir für mehr Cyber- und IT-Sicherheit gesorgt, den Schutz der kritischen Infrastruktur ausgebaut und dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik die neue Funktion des Verbraucherschutzes übertragen.

Pakt für den Rechtsstaat: Die Länder schaffen mit Unterstützung des Bundes bis Ende 2021 insgesamt 2.500 neue Stellen in der Justiz, davon 2.000 für Richter und Staatsanwälte. Der Bund schafft zusätzliche Stellen bei der Bundesanwaltschaft und beim Bundesgerichtshof. Für Polizeiaufgaben werden Bund und Länder bis Ende 2021 insgesamt 7.500 neue Stellen schaffen.

Bundeswehr stärken: Wir behalten die Landesverteidigung und die Belange unserer Soldatinnen und Soldaten im Blick und erhöhen den Wehretat. Mit gesetzlichen Verbesserungen und anderen Maßnahmen haben wir die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiver gemacht. Übrigens: Soldaten in Uniform können seit 2020 kostenfrei Bahn fahren!

Gegen Hass und Hetze im Netz: Mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität gaben wir dem Rechtsstaat ein scharfes Schwert gegen Hetze im Internet an die Hand.

Gegen Kindermissbrauch und Kinderpornographie: Im März 2021 haben wir mit dem Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder im Bundestag ein ganzes Paket an Maßnahmen beschlossen, um dem sexuellen Missbrauch der Schwächsten unserer Gesellschaft den Kampf anzusagen.

An der Seite von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Mehr Geld im Portemonnaie: Mit Jahresbeginn 2021 entfiel der Solidaritätszuschlag für mehr als 90 Prozent der Einkommensteuerzahler, weitere ca. 6,5 Prozent der Steuerzahler wurden teilweise entlastet. Der steuerfreie Grundfreibetrag wurde in diesem Jahr erneut angehoben.

Belastungen reduzieren: Durch die stärkere CO₂-Bepreisung wird unter anderem Benzin teurer. Mit der Erhöhung der Pendlerpauschale wird die Mehrbelastungen für Fern-Pendler abgemildert.

Hilfe in der Krise: Mit dem Kurzarbeitergeld wurde das große Corona-Beben auf dem Arbeitsmarkt abgewendet: Die Wirtschaft zog mit, Millionen Arbeitsplätze wurden gesichert. Damit das Kurzarbeitergeld den größtmöglichen Effekt auf dem Arbeitsmarkt erzielen kann, wurde der Zugang zu ihm vereinfacht. auch Leiharbeiter können nun Kurzarbeitergeld erhalten und die Bundesagentur für Arbeit erstattet den Unternehmen bis zum 30. September 2021 die Sozialversicherungsbeiträge komplett; danach, bis zum 31. Dezember 2021, grundsätzlich noch zur Hälfte.

Hilfe für Langzeitarbeitslose: Mit dem Teilhabechancengesetz sollen Langzeitarbeitslose in Arbeit kommen. In dieser Legislaturperiode sind vier Milliarden Euro dafür vorgesehen.

Zuwanderung steuern und begrenzen

Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Erleichterung des Zuzuges von beruflich qualifizierten Fachkräften aus Staaten außerhalb der EU nach klaren Kriterien und erstmalig auch für Nicht-Akademiker; die Fachkräfte müssen über eine entsprechende Befähigung, einen Arbeitsplatz und über deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

Bekämpfung des Asylmissbrauchs: Zu einer überzeugenden Migrationsgesetzgebung gehört für uns nicht allein die Zuwanderung von Fachkräften, sondern auch zwingend die klare Begrenzung der illegalen Migration. Dies ist nur bei konsequenter Durchsetzung von bestehenden Ausreisepflichten denkbar. Deshalb haben wir mit dem Ausreisegewahrsam und der Abschiebehafte die Instrumente geschärft, um die Ausreise abgelehnter Asylbewerber wirksam durchzusetzen.

Wir haben zudem den Druck auf Identitätstäuscher sowie Mitwirkungsverweigerer erhöht und Leistungen für Migranten gekürzt, die in einem anderen EU-Staat Asyl beantragt haben oder dort als schutzbedürftig anerkannt worden sind.

>>> UNIONSFRAKTION - 4 JAHRE - EINE BILANZ <<<

Mehr Investitionen in die Infrastruktur

Rekordsumme für Investitionen: Die Mittel für den Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) haben sich 2020 auf 665 Millionen Euro verdoppelt. 2021 werden sie auf eine Milliarde Euro jährlich angehoben. Über das Regionalisierungsgesetz erhalten die Länder für die Bestellung des Nahverkehrs zudem jährlich rund neun Milliarden Euro.

Mobilfunk: Anfang 2021 werden durch jeden der bundesweiten Mobilfunknetzbetreiber mindestens 98 Prozent der Haushalte versorgt. Die Versorgung der Autobahnen mit 4G durch die Netzbetreiber bewegt sich 2021 zwischen 96 und 99 Prozent. Bei den ICE-Trassen liegt die Versorgung zwischen 95 und 98 Prozent. Mit den jüngsten Gesetzesänderungen kann zukünftig entlang auch der weiteren Verkehrswege ein durchgehender und unterbrechungsfreier Ausbau verpflichtend vorgegeben werden. Parallel dazu wird über ein mit 1,1 Milliarden Euro dotiertes Förderprogramm und die Einrichtung der Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft der Ausbau von 5.000 Masten in den weißen Flecken im ländlichen Raum vom Bund angestoßen.

Digitalisierung

Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG): Wir haben einen Rahmen geschaffen, um Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte auf den Plattformen in Sozialen Netzwerken noch zielgenauer zu bekämpfen.

Telekommunikationsmodernisierungsgesetz (TKG): Das neue TKG weist den Weg in Richtung Gigabitgesellschaft. Dabei haben wir erstmals festgeschrieben, eine flächendeckende Versorgung mit 4G an allen Verkehrswegen bis 2026 zu erreichen und legen somit auch die Grundlage für den erfolgreichen 5G-Ausbau.

Onlinezugangsgesetz (OZG): Insgesamt 315 von 600 identifizierten Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen sind inzwischen digital verfügbar – vom Kindergeld- über den BAföG-Antrag bis zur Beantragung eines Bewohnerparkausweises. Bis Ende 2022 sollen insgesamt 600 digitale Verwaltungsdienstleistungen angeboten werden.

Digitalpakt Schule: Das Grundgesetz wurde geändert, damit der Bund die Länder und Kommunen bei der Digitalisierung der Schulen mit insgesamt fünf Milliarden Euro unterstützen kann. Ziel ist die flächendeckende Digitalisierung der Schulen. In drei **Corona-Sofortprogrammen** stellen wir weitere 1,5 Milliarden Euro bereit. Damit können Schulen unbürokratisch Laptops und Tablets für Schüler und Lehrkräfte beschaffen sowie IT-Administratoren finanzieren.

Rente, Pflege und Gesundheitsversorgung gestärkt

Rentenpaket: Das Gesetz bringt Verbesserungen etwa für Frührentner und Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben. Das Rentenniveau soll nicht unter 48 Prozent sinken, der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen.

Hohe Rentensteigerungen im Westen um 20 Prozent und im Osten sogar um 30 Prozent in den vergangenen zehn Jahren.

Grundrente: Mit der neuen Grundrente sorgen wir dafür, dass Menschen, die lange in die Rentenkasse gezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, künftig finanziell bessergestellt sind als Personen, die nicht oder nur kurz in das Rentensystem eingezahlt haben.

Angehörigen-Entlastungsgesetz: Mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz entlasten wie unterhaltsverpflichtete Kinder.

Pflegereform: Die Pflegereform sieht flächendeckend gute Löhne für Pflegekräfte und finanzielle Entlastung für Pflegebedürftige vor, die im Heim untergebracht sind. So soll die Pflegeversicherung nur noch mit Pflegedienstleistern abrechnen können, die ihren Angestellten Tariflöhne oder Löhne in vergleichbarer Höhe zahlen können. Pflegebedürftige erhalten Zuschläge auf den Eigenanteil, den sie für ihre Heimpflege zahlen müssen.

Sofortprogramm Pflege: Das Gesetz ermöglicht die Schaffung von 13.000 neuen Stellen für Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeheimen.

>>> UNIONSFRAKTION - 4 JAHRE - EINE BILANZ <<<

Kultur und Medien nach Corona

Hilfen für kleine und private Initiativen: Kulturschaffende wurden von der Corona-Pandemie besonders hart getroffen. Deshalb wurde das Rettungs- und Zukunftsprogramm „Neustart Kultur“ im Jahr 2020 aufgelegt und mit Mitteln in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt.

Sichere Lebensmittel, eine starke Landwirtschaft und widerstandsfähige Wälder

Modernisierung der Landwirtschaft: Mit dem Investitionsprogramm für mehr Klima-, Umwelt- und Naturschutz in der Landwirtschaft fördert das Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung modernste Technik, zum Beispiel für die Reduktion von Emissionen sowie das passgenaue Ausbringen von Pflanzenschutz- oder Düngemitteln.

Planungssicherheit für unsere Landwirte: In der EU haben wir uns erfolgreich für einen vernünftigen Kompromiss zwischen Ökologie, Landwirtschaft und sozial verträglichen Lebensmittelpreisen eingesetzt.

Mit einer neuen **Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** werden ab 2023 alle landwirtschaftlichen Direktzahlungen an Umwelt- und Klimaschutzauflagen gekoppelt. Gleichzeitig werden kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe stärker unterstützt.

Im Rahmen des Dürresommers 2018 wurden schnell und zielgerichtet Hilfen in Höhe von knapp 300 Millionen Euro an existenzgefährdete landwirtschaftliche Betriebe bereitgestellt.

Stärkung der Ländlichen Entwicklung: Das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) haben wir erneut aufgestockt – im Jahr 2021 um weitere fünf Millionen Euro auf insgesamt 68 Millionen Euro. Damit fördern wir innovative Modellprojekte für gutes Leben, Arbeiten, Kultur und Ehrenamt in unseren vielfältigen ländlichen Regionen.

Unternehmen entlastet

Bürokratieabbau: Mit der Anhebung der Kleinunternehmergrenze von 17.500 Euro auf 22.000 Euro Jahresumsatz im dritten Bürokratieentlastungsgesetz haben wir jährlich insbesondere die Einzel- und Kleinstunternehmen entlastet.

Entlastung der mittelständischen Wirtschaft: Abbau der Bürokratie; Datenschutzbeauftragter erst ab 20 Mitarbeitern notwendig.

Förderprogramm „Digital Jetzt“: Mit dem Programm zur Digitalisierung des Mittelstands sollen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bei Investitionen in digitale Technologien sowie bei der Qualifizierung ihrer Beschäftigten unterstützt werden. Das Programm hat einen Umfang von bis zu 200 Millionen Euro.

Möglichkeit zur Option zur Körperschaftsbesteuerung für Personengesellschaften: Personenhandelsgesellschaften und Partnerschaftsgesellschaften können sich auch ohne zivilrechtlichen Formwechsel wie eine Kapitalgesellschaft nach dem Körperschaftsteuergesetz besteuern lassen.

Deutschlands Außenpolitik

Klare Kante in unserer außenpolitischen Haltung: Die Sicherheit Israels ist Teil der deutschen Staatsräson. Nach der Krise im Frühjahr 2021 wollen wir eine Initiative starten, um den Abbau des Waffenarsenals der Hamas durchzusetzen und um den Waffen- und Technologieschmuggel nach Gaza und in den Libanon zu unterbinden.

Internationale Sicherheitspolitik: Wir unterstützen das Engagement der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen: in Mali, im Kosovo, Irak und vor der Küste des Libanons und Libyens und am Horn von Afrika. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu Sicherheit und Frieden weltweit und vertreten unsere eigenen Sicherheitsinteressen. Wir treten dafür ein, Afghanistan auch nach dem Abzug der internationalen Truppen weiter zu unterstützen.

Transatlantische Partnerschaft: Mit unserem Positionspapier „Das transatlantische Band wieder stärken – Für eine zukunftsgerichtete, umfassende Partnerschaft“ haben wir im Januar 2021 dieser Zusammenarbeit neue Impulse und eine neue Dynamik gegeben.

AUS DEM WAHLKREIS

6. Europameisterschaft in Sondershausen

Es ist schon Tradition geworden, dass ich den Verband der Deutschen Schwarzpulverkanoniere e.V. und Präsidenten Volker Grabow auf dem Truppenübungsplatz der Bundeswehr Sondershausen besuche.

Jährlich wird hier die Europameisterschaft der leichten Feldartillerie durchgeführt. Schwarzpulverkanoniere aus Deutschland, England, Italien, Belgien und der Schweiz treffen sich zu diesem Anlass. Am 19. Juni wurde ich beim gemeinsamen Appell von Bundeswehr und Kanonieren zum Ehrenkanonier des Verbandes ernannt - herzlichen Dank nochmals an Volker Grabow und den VdSK e.V. für diese Auszeichnung.



Fördermittel für Bibliothek in Mücheln

Aus dem Förderprogramm „Vor Ort für Alle. Soforthilfeprogramm für zeitgemäße Bibliotheken in ländlichen Räumen“ geht erneut eine Förderung in meinen Wahlkreis. Die Stadt Mücheln erhält eine Zuwendung in Höhe von knapp 4.400 Euro. Das Projekt wird im Rahmen von „Kultur in ländlichen Räumen“ gefördert und hat das Ziel, zeitgemäße Bibliothekskonzepte umzusetzen.

Fördermittel für die Verbandsgemeinde Mansfelder Grund - Helbra

Erneut gute Nachrichten gingen in diesen Monat an die Verbandsgemeinde Mansfelder Grund – Helbra. Sie erhält eine stattliche Bundesförderung von 231.000 EUR. Die Gemeinde hatte sich mit der Projektkonzeption „Grüne Lunge der Verbandsgemeinde“ im Rahmen des Förderprogramms „Modellprojekte zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ beworben und nun die Förderzusage des Bundes erhalten. Ich freue mich, dass meine Unterstützung zur Förderung des Vorhabens der Verbandsgemeinde erfolgreich war.

Gewählte CDU-Landtagsabgeordnete im Wahlkreis 74

Den direkt gewählten Landtagsabgeordneten aus meinem Wahlkreis an dieser Stelle nochmals meine herzlichen Glückwünsche! Der harte Wahlkampf hat sich gelohnt.

Im Bundestagswahlkreis 74 vertreten nun diese fünf Landtagsabgeordneten die CDU Sachsen-Anhalt: Michael Scheffler, Landtagswahlkreis 29 – Saalekreis; Renè Barthel, Landtagswahlkreis 30 – Eisleben; Matthias Redlich, Landtagswahlkreis 31 – Sangerhausen; Eva Feußner, Landtagswahlkreis 32 – Querfurt und Sven Czekalla, Landtagswahlkreis 33 – Merseburg. Auf gute Zusammenarbeit!





In meinen Büros laufen derzeit die Terminabsprachen für die bevorstehende Sommertour. Möchten Sie mich treffen, mir Ihren Verein oder Ihr Unternehmen vorstellen? Sagen und zeigen Sie mir, was Ihnen politisch am Herzen liegt. In der parlamentarischen Sommerpause bin ich im Wahlkreis auf Tour. Sie möchten mich vor Ort treffen? Melden Sie sich dafür telefonisch oder gern auch per Mail in meinen Wahlkreisbüros:

Lutherstadt Eisleben: 03475 - 7149650
torsten.schweiger.wk03@bundestag.de

Merseburg: 03461 - 2897337
torsten.schweiger.wk02@bundestag.de

Sangerhausen: 03464 – 279930
torsten.schweiger.wk01@bundestag.de

Charlotte John aus Holleben startet im Sommer ihr Austauschjahr in den USA. Sie hatte sich für das Stipendium im Parlamentarischen Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages in meinem Büro beworben.

Bereits jetzt können sich Schülerinnen und Schüler sowie junge Berufstätige um ein Stipendium im kommenden Jahr bewerben. Auskunft erhalten Interessierte über meine Wahlkreisbüros in Merseburg, Sangerhausen und Eisleben.



So erreichen Sie mich ...

Abgeordnetenbüro Berlin

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Telefon: 030 227-77066 Telefax: 030 227-70069
E-Mail: torsten.schweiger@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Andrea Haese

Wahlkreisbüro Sangerhausen

Schlossgasse 1 • 06526 Sangerhausen
Telefon: 03464 279930 • Telefax: 03464 279931
E-Mail: torsten.schweiger.wk01@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Nadine Pein

Wahlkreisbüro Lutherstadt Eisleben/ Hettstedt

Markt 14 • 06295 Lutherstadt Eisleben
Telefon: 03475-7149650
E-Mail: torsten.schweiger.wk02@bundestag.de

Ansprechpartner: Nadine Pein

Wahlkreisbüro Merseburg

Burgstraße 6 • 06217 Merseburg
Telefon: 03461-2897337
E-Mail: torsten.schweiger.wk03@bundestag.de

Ansprechpartnerin: Heike Roßner